



Niederschrift

23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

| | |
|------------------------|---|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 13.12.2005 |
| Sitzungsbeginn: | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:15 Uhr |
| Ort, Raum: | Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124 |

Anwesend sind:

| | | |
|---------------------------|--------------------------|--------------------------------|
| Herr Krause, Siegmар | DIE LINKE. PDS | |
| Herr Dr. Schlomm, Herbert | DIE LINKE. PDS | |
| Frau Schulze, Jana | DIE LINKE. PDS | Sitzungsleitung |
| Frau Blume, Marie | SPD | anwesend ab 18:10 Uhr (TOP 2) |
| Herr Näder, Volkmar | CDU | |
| Frau Paulsen, Bettina | CDU | |
| Frau Dr. Lotz, Brigitte | Bündnis 90/Die Grünen | anwesend ab 18:20 Uhr (TOP 2) |
| Herr Buchholz, Dirk | BürgerBündnis | anwesend bis 19:30 Uhr (TOP 4) |
| Herr Anton, Torsten | DIE LINKE. PDS | |
| Frau Basekow, Angela | AWO Kreisverband Potsdam | |
| Frau Busch, Jutta | DIE LINKE. PDS | |
| Frau Kirchner, Monika | BürgerBündnis | |
| Herr Puschmann, Wolfgang | Seniorenbeirat | |
| Herr van Leeuwen, Rüdiger | CDU | |

Nicht anwesend sind:

| | | |
|-----------------------|-----------------------|--------------|
| Frau Geywitz, Klara | SPD | entschuldigt |
| Frau Bittrich, Sabine | Ausländerbeirat | entschuldigt |
| Herr Fröhlich, Uwe | Bündnis 90/Die Grünen | entschuldigt |
| Frau Jensch, Sun | CDU | entschuldigt |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 15.11.2005
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Vorstellung des Modellprojektes 'Sterntaler'
- 4 Wohnen im Alter

- 5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 05/SVV/0850
- 6 Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009
Vorlage: 05/SVV/0851
- 7 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009
Vorlage: 05/SVV/0853
- 8 Barrierefreies Potsdam - Maßnahmeplan
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Vorsitzende des Ausschusses, Frau Schulze.

Zu Beginn der Sitzung sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Schulze schlägt vor, den TOP 8 zu vertagen. Die Verwaltung hat den Auftrag, im I. Quartal 2006 den Entwurf eines Maßnahmeplanes vorzulegen. Dieser sollte dann im Ausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 15.11.2005

Frau Paulsen bittet um Ergänzung zu TOP 7 (S. 8).

Sie hat Frau Schulze gebeten darzulegen, woher sie die Informationen hat, dass es bezüglich der Kosten der Unterkunft ca. 5000 weitere Bedarfsgemeinschaften geben soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Dem korrigierten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Haus der Begegnung

Herr Ernst weist auf den Beschluss der StVV vom 07.12.2005 zur Verlagerung des Hauses der Begegnung in das Objekt Zum Teufelssee 30 hin. Träger der Einrichtung wird der Paritätische Wohlfahrtsverband sein. Er informiert, dass der Mietvertrag mit der GEWOBA bereits unterzeichnet ist.

Frau Müller weist auf einen Presseartikel zum „Loch in der Behindertenbetreuung“ hin und macht deutlich, dass die Behindertenarbeit am derzeitigen Standort solange fortgeführt werden kann, bis die erforderlichen Umbauarbeiten im neuen Objekt abgeschlossen sind. Ein entsprechendes Gespräch mit dem neuen Eigentümer des Objektes Gutenbergstraße hat stattgefunden.

Herr Krause weist darauf hin, dass die Außenanlage des Objektes Zum Teufelssee 30 sehr unschön ist. Auch ist in der Vergangenheit der Winterdienst nicht gewährleistet gewesen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Instandsetzung der Gehwege in diesem Bereich derzeit noch in der Prioritätenliste steht. Er befürchtet, dass die Mittel für die Absenkung der Bürgersteige möglicherweise nicht ausreichen bzw. während der Haushaltsdebatte gestrichen werden.

Frau Müller nimmt dies auf. Sie erklärt, dass die Gestaltung der Außenanlage des Objektes für das Frühjahr 2006 geplant ist.

Information der PAGA

Herr Thomann gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der Erstanträge, der Folgeanträge sowie der Rückstände.

Frau Blume fragt, wieviele Menschen durch die PAGA betreut werden.

Herr Thomann erklärt, dass derzeit insgesamt 7.240 Bedarfsgemeinschaften betreut werden, dass sind ca. 12.000 bis 14.000 Personen.

Frau Schulze weist darauf hin, dass sie stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung ist. Sie fragt, ob sie ein Einsichtsrecht in die Protokolle der Trägerversammlung hat.

Frau Müller bejaht dies.

Frau Schulze bittet darum, dass die Mitglieder und die sachkundigen Einwohner des Sozialausschusses eine Einladung zur Trägerkonferenz im Januar 2006.

Herr Thomann sagt dies zu.

Ärzteprotest

Frau Schulze fragt die Verwaltung, ob bekannt ist, welche niedergelassenen Potsdamer Ärzte sich an dem Protest beteiligen.

Frau Kaiser erklärt, dass die Verwaltung keine Informationen hierzu hat.

Information der Beigeordneten

Frau Müller informiert, dass es am vergangenen Donnerstag während der Hortbetreuung zu einem Unfall eines Kindes gekommen ist.

Frau Paulsen fragt, ob von Seiten der Verwaltung Kontakt zu den Eltern des betroffenen Kindes aufgenommen wurde.

Frau Müller erklärt, dass Kontakt zu den Eltern besteht.

zu 3 Vorstellung des Modellprojektes 'Sterntaler'

Frau Kaiser gibt eine kurze Einführung.

Herr Wannicke stellt das Modellprojekt vor. Er erklärt, dass „Sterntaler“ ein gesundheitspädagogisches Entwicklungs- und Vorsorgeprogramm in der sozialraumbezogenen Primärprävention mit Grundschulkindern in der 3. und 4. Klassenstufe ist.

Eltern und Lehrer werden in das Kursgeschehen mit einbezogen und stehen der Thematik aufgeschlossen gegenüber. Das Modellprojekt wird im Schuljahr 2005/06 an der Grundschule 36/45 durchgeführt. Die Anschubphase wird durch das Gesundheitsamt finanziert.

Frau Dr. Lotz fragt, wieviele Schulen oder Klassen in Berlin an dem Projekt teilgenommen haben.

Herr Wannicke erklärt, dass das Projekt derzeit in drei Berliner Schulen durchgeführt wird. Dies erfolgt aber nicht zwingend Klassenweise, sondern auch in ganz unterschiedlichen Schülergruppen und wird von den gesetzlichen Krankenkassen unterstützt.

zu 4 Wohnen im Alter

Herr Böttche macht deutlich, dass die Wünsche an das Wohnen und das Wohnumfeld u.a. aufgrund des demografischen Wandels einer ständigen Veränderung unterliegen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Menschen heute nicht nur älter werden, sondern auch anders als vor 20 oder 30 Jahren altern. Der Wunsch, im Alter so lange wie möglich in der eigenen Wohnung verbleiben zu können, hat einen sehr hohen Stellenwert.

Wichtig ist hier die Verfügbarkeit eines vielschichtigen Informationsangebotes für Betroffene und Akteure.

Herr Hahn stellt kurz die Wohnungsgenossenschaft „Karl Marx“ vor sowie den Arbeitskreis „Stadtspuren“, dem derzeit 6 Wohnungsgenossenschaften angehören.

Er betont, dass das gesamte Wohnumfeld eines Quartiers wichtig ist. Es soll ein Handlungsrahmen für alle Gruppen, insbesondere für die Älteren, entwickelt werden. Er verweist auf die gute Zusammenarbeit mit der Kommune.

Frau Dr. Lotz erinnert an die Veranstaltung des Stadt Forums Potsdam vor ca. einem Jahr auf der dieses Thema ausführlich behandelt wurde. Einige Fragen sind hier noch offen geblieben.

Sie macht darauf aufmerksam, dass sich mit zunehmendem Alter das soziale Umfeld verkleinert.

Aber auch alternative Wohnformen werden benötigt.

Herr Böttche erklärt, dass im Ergebnis ein Informationspool geschaffen werden soll, der durch Betroffene und Akteure genutzt werden kann.

Herr Näder schlägt vor, hierbei auch die Betroffenen als Fachleute einzubeziehen.

Frau Müller macht auf die Komplexität des Themas aufmerksam. Sie betont, dass ein guter Weg eingeschlagen wurde.

In diesem Zusammenhang weist sie auf die Musterwohnung der GEWOBA hin, die heute der Presse vorgestellt wurde. Die Wohnungsunternehmen haben bereits begonnen, sukzessive Wohnungsanpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Im kommenden Jahr ist eine Fachtagung geplant.

Herr Krause fragt, ob es hier auch prognostische Sichtweisen gibt. Wenn ja, was sind dann dafür realistische Zeiträume?

Herr Böttche erklärt, dass derzeit kein Neubau von sozialen Wohnungen erfolgt. Hier liegt der Schwerpunkt im Vorhandenen.

Er macht deutlich, dass im Französischen Quartier bereits prognostisch gearbeitet wurde.

Herr Näder regt an, sich diesbezüglich im gesamten Bundesgebiet zu informieren.

Herr van Leeuwen fragt, ob es auch eine Bedarfsentwicklung gibt.

Herr Dr. Schlomm stellt eine positive Entwicklung bei den Wohnungsunternehmen fest. Hier kann viel zur Zufriedenheit beigetragen werden. Er spricht sich deutlich für den Erhalt der Supermärkte in den Wohngebietszentren aus, da diese insbesondere für die älteren Menschen gut zu erreichen sind.

Herr Hahn weist darauf hin, dass die behindertengerechte Herrichtung von Wohnungen bei Neubauten unproblematisch sind. Schwierig ist der behindertengerechte Umbau im Bestand.

Herr Dr. Schlomm spricht sich für den Erhalt der Gemeinschaftsräume in den Plattenbauten aus.

Frau Müller macht deutlich, dass auch die begleitenden Maßnahmen in den Wohnquartieren wichtig sind. Es geht nicht nur um die sozial bedürftigen alten Menschen.

Sie regt an, das Thema auch künftig im Ausschuss aufzugreifen.

zu 5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 05/SVV/0850

Frau Schulze stellt fest, dass bei den pflichtigen Leistungen in der Grundsicherung 2 Mio. Euro im Haushalt fehlen.

Frau Müller erklärt dass es geringfügige Erhöhungen z.B. bei der Blindenberatungsstelle gibt. Problematisch könnten die Kosten der Unterkunft bei den SGB II-Empfängern werden. Hier muss dann ggf. ein Antrag auf überplanmäßige Ausgaben gestellt werden, da dies Pflichtleistungen sind.

Herr Ernst macht deutlich, dass die Reduzierung von 2005 nach 2006 mit den Fallzahlen zusammen hängt.

Die Reduzierung der Grundsicherung ergibt sich aus dem Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der Planung der Kosten der Unterkunft für Bedarfsgemeinschaften.

Herr Krause fragt die Verwaltung, ob es aus ihrer Sicht Änderungsbedarf im Haushalt „Soziale Sicherung“ gibt.-

Er weist darauf hin, dass die Fraktionen in Vorbereitung der Haushaltsberatung im Finanzausschuss ihre Änderungsanträge stellen werden.

Frau Schulze erläutert, dass der Sozialausschuss in seiner heutigen Sitzung seine Empfehlung für den Haushaltsentwurf 2006 abgeben muss, da der Finanzausschuss bis zum 6.1.2006 um die Einreichung von Änderungsanträgen durch die Fraktionen gebeten hat. Die abschließende Haushaltsberatung des Finanzausschusses findet am 18.1.2006 statt.

Frau Müller weist darauf hin, dass das Bundesministerium sich für 2005 und 2006 an die Zuschüsse in Höhe von 29,1 % gebunden hält.

Zusätzlich wird 2006 eine halbe Stelle für Suchtprävention (Chill out) durch die Stadt gefördert.

Frau Dr. Lotz erklärt, dass die Fraktion Grüne/B90 keinen Änderungsantrag zum Haushalt für den Geschäftsbereich 3 stellt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Stadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 4

Dem Haushalt 2006 für den Fachbereich Soziales, Wohnen und Senioren und für den Bereich Gesundheitsamt wird zugestimmt.

zu 6

Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009

Vorlage: 05/SVV/0851

Da es keine für den Geschäftsbereich 3 im Finanzplan und Investitionsprogramm relevanten Punkte gibt, sieht sich der Ausschuss nicht in der Verantwortung, eine Empfehlung für die Stadtverordnetenversammlung abzugeben.

zu 7 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009
Vorlage: 05/SVV/0853

Herr Ernst erläutert, dass es eine HSK-Maßnahme aus dem Geschäftsbereich 3 (A 11) gibt. Hierbei handelt es sich um die Senkung der Sozialausgaben die erreicht werden sollen durch den Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft in Höhe von 29.1 %.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2006 – 2009 als Bestandteil des Haushaltplanes für das Haushaltsjahr 2006.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 4

Das HSK für den Fachbereich Soziales, Wohnen und Senioren und für den Bereich Gesundheitsamt wird abgelehnt.

zu 8 Barrierefreies Potsdam - Maßnahmeplan

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

zu 9 Sonstiges

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:

17. Januar 2006

18:00 Uhr

Jana Schulze
stellv. Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Protokoll